

Soziale Ungleichheit und Prozesse der Statuszuweisung

Mueller, Walter; Mayer, Karl Ulrich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mueller, W., & Mayer, K. U. (1976). Soziale Ungleichheit und Prozesse der Statuszuweisung. In M. R. Lepsius (Hrsg.), *Zwischenbilanz der Soziologie: Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentags* (S. 243-257). Stuttgart: Ferdinand Enke. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-160601>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Soziale Ungleichheit und Prozesse der Statuszuweisung¹

Karl Ulrich Mayer und Walter Müller

In den letzten Jahren sind eine ganze Anzahl von Arbeiten zur Sozialstruktur und sozialen Schichtung in der Bundesrepublik erschienen. Sie kennzeichnet jedoch durchweg ein Mangel an Analysen der Prozesse sozialer Mobilität, über die keine oder nur sehr vage und widersprüchliche Aussagen gemacht werden. Dies gilt für die Sozialkunden von *Fürstenberg* (1972) und *Claessens* (1973) ebenso wie für die neueren Darstellungen von *Bolte* u. Mitarb. (1974), *Lepsius* (1974) und *König* (1971) oder die Arbeiten von *Tjaden-Steinhauer*, *Tjaden* (1973), *Rols-hausen*, *Ritsert* (1973) und des Instituts für marxistische Studien (1974).

Diesem Mangel mit neueren Forschungsergebnissen abzuweichen wäre schon sinnvoll, wenn man Daten zur Inter-Generationen-Mobilität bloß als Grundinformation der Sozialstatistik betrachten würde, vergleichbar etwa zu Daten über die Bevölkerungsentwicklung oder den Wandel der Erwerbsstruktur.

In der soziologischen Theorie ist jedoch die Idee nie aufgegeben worden, soziale Mobilität sei eine der entscheidenden Ursachen und Mechanismen der Dynamik des Schichtungssystems, der Klassenbildung, der Stabilisierung, Perpetuierung oder gar Auflösung sozialer Ungleichheit.

Wir werden in diesem Referat neuere Daten zu den Prozessen der Statuszuweisung in einem Argumentationsrahmen vorstellen, der an solche Theorietraditionen anknüpft und an dem Verhältnis von sozialer Ungleichheit und Legitimitätsglauben ansetzen.

Ungleichheit und Legitimitätsglaube

Es ist eine der Grundannahmen gesellschaftstheoretischer Entwürfe jeglicher Provenienz, daß zumal in nicht-traditionalen Gesellschaften soziale Ungleichheiten in der Verteilung materieller, politischer und symbolischer Vorteile ebenso einer besonderen Legitimierung bedürfen wie soziale Ungleichheiten im Zugang zu unterschiedlich privilegierten oder benachteiligten Positionen. Das Ausmaß, zu dem ein solcher Legitimitätsglaube wirksam ist, gilt als eine der Bedingungen der prekären Stabilität sozialer Ordnungen. Für den Fall der Erosion des Legitimitätseinverständnisses werden krisenartige Entwicklungen vorhergesagt (vgl. dazu z.B. *Parsons* 1970, 13 f., *Habermas* 1973, 55, 106 f., 131 f.; *Parkin* 1973, 48 f.).

Ungleichheiten der sozialen Lage sind aber umso erfolgreicher der Kritik entzogen, je gerechter die faktisch wirksamen Mechanismen der Statuszuweisung erscheinen. Je größer die geglaubte Übereinstimmung zwischen den Normen, die die Statuszuteilung regeln und den tatsächlichen Mobilitätskriterien, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, daß Verteilungsungleichheiten zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen werden.

Dies gilt insbesondere dann, wenn minimale Grundbedürfnisse und -ansprüche materieller Existenzsicherung, sozialer, kultureller und politischer Teilnahme gewährleistet sind und exzessive Privilegierungen nominell eingeschränkt und damit

weniger sichtbar gemacht werden. In diesem Zusammenhang wird gemeinhin als zentrales Legitimationsprinzip das der Leistungsgerechtigkeit oder Chancengleichheit unterstellt. Legitim ist danach die Zuteilung ungleicher Belohnungen dann, wenn gleiche Ausgangsbedingungen für alle gegeben sind und die Zuteilung allein nach dem Kriterium individueller Fähigkeiten und Leistungen erfolgt.

Wenn diese Annahmen richtig sind (2), und die politische Rhetorik der Sozial-, Steuer- und Bildungspolitik zumindest scheint die Wirksamkeit entsprechender Legitimationsprinzipien anzuzeigen, dann kann das Verhältnis von sozialer Ungleichheit und Legitimatätsglauben als eines der zentralen Probleme einer makrosoziologisch orientierten Soziologie gelten, neben und verknüpft mit den Problemen der ökonomischen Verfügungsgewalt und Steuerung sowie dem der politischen Ordnung.

Was nun die empirischen Tatbestände der Verteilungs- und Chancengleichheit und des Ausmaßes des darauf bezogenen Legitimationsglaubens anbelangt, so wurden für die Bundesrepublik und ähnlich verfaßte Gesellschaften vornehmlich drei Interpretationsschemata angeboten:

1. Hohe Mobilitätsraten hätten dazu geführt, daß sich alte Schichtungsstrukturen auflösten und neue sich nicht mehr kristallisieren könnten, die soziale Hierarchie nivelliere sich. Die Schule werde zur nahezu einzigen und zentralen Selektionsinstanz. Dieser Konzeption *Schelskys* (1965) zufolge bestünde ein hoher Grad an Übereinstimmung zwischen dem Ausmaß und der Struktur sozialer Ungleichheit sowie den Mechanismen der Statuszuweisung einerseits und den geltenden Legitimationsprinzipien der Basis- und Chancengleichheit andererseits. Daß dennoch ein nur unvollständiger Legitimationsglaube vorherrsche, führt *Schelsky* denn auch auf zwei "Mißverständnisse" des sozialen Bewußtseins zurück. Zum einen wirkten herkömmliche Deutungsmuster ständischer und marxistischer Gesellschaftsbilder fort und verstellten den Blick auf die realen gesellschaftlichen Verhältnisse, zum anderen habe sich ein starkes Aufstiegsstreben verbreitet, dem in einer stark verkürzten und nivellierten Sozialhierarchie nur begrenzte reale Chancen entsprächen.

2. In der vorwiegend von amerikanischen Autoren entwickelten, überaus einflußreichen Theorie der industriellen Gesellschaft werden Veränderungen des Schichtungssystems aus den Voraussetzungen und Konsequenzen des Industrialisierungsprozesses abgeleitet. Hinsichtlich des Wandels der Statuszuweisung finden sich in einem 1970 veröffentlichten Beitrag von Treiman detaillierte Hypothesen. Mit der abnehmenden Chance direkter Vererbung von Kapital, Grundbesitz, Betriebsmitteln und beruflichen Fertigkeiten schwäche sich der direkte Einfluß der sozialen Herkunft auf den beruflichen Status ab, während der indirekte über die Schule vermittelte Einfluß zunehme. Aufgrund der höheren Nachfrage nach beruflichen Qualifikationen und, davon auch unabhängig, wachse die Bedeutung von Bildungszertifikaten als Ressource für den Berufserfolg.

Auch die Bestimmung des Bildungserfolges durch die soziale Herkunft werde zunehmend gemindert, da die expandierenden Institutionen höherer Bildung für eine urbanisierte Bevölkerung zugänglicher würden, Bildung ohne Kosten bereitgestellt werde und für Arbeiter- und Bauernkinder der Druck sinke, die Schule früh zu verlassen.

Insgesamt nehme die Bedeutung der sozialen Herkunft also ab und der Umfang der Inter-Generationen-Mobilität nehme zu. Mit der Expansion der höheren Bil-

derung und qualifizierterer Berufe sinke das Einkommen höherer Gruppen relativ. Einkommens- und Bildungsungleichheiten würden abgebaut.

Diese Veränderungen werden als Bestätigung der alten These gewertet, nach der Kriterium der Statuszuweisung nunmehr nicht mehr partikularistische, mit der Geburt zugeschriebene Merkmale seien, sondern universalistische, in der Schule und im Beschäftigungssystem erworbene Merkmale individueller Leistung. Der Statuszuweisungsprozeß erscheint individualisiert und voluntaristisch als "status achievement" (3).

Die Formen des sozialen Bewußtseins entsprechen nach dieser Theorie den veränderten sozialen Bedingungen: Aufstiegsorientierungen seien weit verbreitet, Aspirationen und Aufstiegschancen für die große Mehrheit der Bevölkerung ausgeglichen, der Glaube an die Chancengleichheit breite sich aus, die Erfahrung markanter Statusdiskrepanzen sei selten und die Sichtbarkeit von Statusunterschieden sei gering. *Germani* (1966, 379) schließt die westeuropäischen Gesellschaften ein, wenn er prognostiziert, daß unter solchen Bedingungen die disruptiven individuellen und gesamtgesellschaftlichen Folgen sozialer Mobilität weitaus geringer seien als die integrativen und eine hohe Identifikation mit der gesellschaftlichen Ordnung sich ergebe.

3. Eine dritte Antwort zum Verhältnis von Ungleichheit und Legitimitätsglaube findet sich schließlich in den Arbeiten von *Offe* und *Habermas*. Die Klassenstruktur kennzeichne zwar einerseits der institutionalisierte Klassenkompromiß und die Auflösung eines Klassenbewußtseins. Trotz der Anhebung der Realeinkommen und zum Teil gerade wegen der staatlichen Eingriffe in die Zuteilung privater Entschädigungen bildeten sich aber neue Ungleichheiten heraus: in der Einkommens- und Vermögensverteilung, in der Teilhabe an öffentlichen Gütern und in regionalen oder sektoralen Disparitäten.

Vor allem die Mechanismen der Statuszuweisung im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt entwickelten sich zusehends in einer Weise, die die Leistungs-ideologie unterminierte: Die Expansion des Bildungssystems lockere den Zusammenhang zwischen formaler Schulbildung und Berufserfolg, moderne Arbeitsabläufe und Produktionsprozesse machten eine Bewertung nach individuell zurechenbaren Leistungen immer unwahrscheinlicher (*Offe* 1970; *Habermas* 1973, 114/115). Diese Trendbehauptungen führen zu Aussagen über die Erosion des Legitimitätseinverständnisses und die Wahrscheinlichkeit von Legitimations- und Motivationskrisen.

Unsere Daten führen uns zu einer These, die in völligem Widerspruch zu *Schelsky* und in partiellem Widerspruch zu *Habermas* und der Theorie der industriellen Gesellschaft steht:

4. Sie besagt, daß zwischen den faktischen Prozessen der Statuszuweisung in der Gesellschaft der Bundesrepublik und den sie betreffenden Legitimationsprinzipien ein eklatantes Mißverhältnis besteht, aber gleichwohl ein hoher Legitimitätsglaube verbreitet ist. Daß sich dieser Gegensatz nicht im sozialen Bewußtsein manifestiert, läßt sich unseres Erachtens zu einem guten Teil durch die Eigenart des Mobilitätsprozesses selbst erklären.

Berufliche Ungleichheit

Einen empirischen Zugang zu dem gestellten Problem bieten Daten zur Inter-Generationen-Mobilität zwischen Gruppen von Berufen, die sich unschwer als Bestandteile hierarchischer Strukturen ausweisen lassen. Damit unterstellen wir *nicht*, die berufliche Hierarchie sei die einzig wichtige und schon gar nicht, sie sei in einem theoretischen Sinne die produktive Form der Ungleichheit. Für Gesellschaften wie die der Bundesrepublik ist jedoch kennzeichnend, daß die Teilhabechancen an den verfügbaren Gütern für den weitaus größten Teil der Bevölkerung über das Beschäftigungssystem verteilt werden. Wie fundamental der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit in kapitalistischen Gesellschaften auch sein mag, so deutlich ist das Ergebnis des Verteilungsprozesses unter abhängigen und selbständigen Erwerbstätigen eine weit streuende graduelle Differenzierung in den Vorteilen und Benachteiligungen, die den Inhabern verschiedener Berufspositionen zukommen.

Mit dem Status im Beschäftigungssystem sind soziale Vorteile und Nachteile auf mehrfache Weise verknüpft. Nicht allein die weitreichenden Ungleichheiten im materiellen Entgelt und die damit verbundenen Folgen für Existenzsicherung, Lebensstil und Startchancen für die Kinder machen die berufliche Stellung zu einer so zentralen Bedingung für die Zuweisung von Lebenschancen. In den rein physischen Widrigkeiten der Arbeitsbedingungen, der Autonomie der Tätigkeit, der Verantwortung und Anweisungsbefugnis über andere, sind grosso modo die gleichen Berufsgruppen bevorzugt oder benachteiligt, die es auch im Einkommen sind (vgl. *Bunz* u. Mitarb. 1974).

Ebenso hängt schließlich das Sozialprestige eng mit der Stellung in der Berufshierarchie zusammen. Wenn dies auch als ein in der Forschung weit überschätztes Epiphänomen der genannten grundlegenden Unterschiede gelten kann, so ist doch die Tatsache, daß sich soziales Ansehen im öffentlichen Bewußtsein aus der Position im Beschäftigungssystem ableitet, ein Hinweis auf die große symbolische Funktion gerade der *beruflichen* Differenzierung in der Wahrnehmung von Ungleichheit.

Wenn wir im folgenden neuere Ergebnisse zur Inter-Generationen-Mobilität zwischen *Berufskategorien* diskutieren, erfassen wir also nur einen beschränkten, wenn auch wohl wichtigen Aspekt des Statuszuweisungsprozesses. Die Daten, auf die wir uns dabei beziehen, stammen zum größten Teil aus der Zusatzerhebung "Berufliche und soziale Umschichtung der Bevölkerung" zum Mikrozensus 1971, zu einem kleineren Teil aus einer eigenen Erhebung der 33jährigen männlichen Einwohner der Stadt Konstanz aus dem Jahre 1969. Die Mikrozensusdaten beschränken sich auf die Kohorte der 35-50jährigen männlichen Erwerbstätigen und basieren auf einer Unterstichprobe von ca. 45 000 Befragten.

Aussagen über Mobilitätsprozesse sind zwangsläufig relativ zu den zugrundeliegenden Klassifikationen. Die hier vorwiegend verwandte Berufsklassifikation unterscheidet 15 Kategorien: Landwirte, Selbständige bis 10 und Selbständige mit 10 und mehr Mitarbeitern, 4 Kategorien von Arbeitern (ungelehrte, angelernte, Facharbeiter sowie Meister und Poliere), 4 Kategorien von Beamten (einfacher, mittlerer, gehobener und höherer Dienst) und 4 Angestelltenkategorien, die in etwa dem entsprechenden Niveau der Beamtengruppen vergleichbar sind. Eine

wichtige Einschränkung dieser Daten ist der Umstand, daß Ausländer und damit alle Gastarbeiter ausgeschlossen sind.

Wir befassen uns zunächst mit dem Muster der Fluktuation und dann mit der Rolle des Bildungssystems im Statuszuweisungsprozeß.

Strukturen sozialer Mobilität

Geht man in der Analyse beruflicher Mobilität zwischen den Generationen von einer Betrachtungsweise aus, die noch am ehesten der Wahrnehmung der an diesem Prozeß Beteiligten entspricht, so ist zu fragen, welche Herkunft die Inhaber bestimmter Berufspositionen haben. Diese Perspektive ist ja typischerweise auch die der Massenmedien, wenn sie die Aufstiege von *Leiding* oder *Scheel* als Wahrheitsnachweis für die Parole "Freie Bahn dem Tüchtigen" ausgeben. Sie entspricht der subjektiven Erfahrung meinungsbildender hoher Statusgruppen, die auf die Aufsteiger in ihren Berufsgruppen verweisen.

Und in der Tat, auch wenn man von der Publizität einzelner Biografien und der Selektivität individueller Wahrnehmungen absieht, ergibt sich in dieser retrospektiven Sicht – von den heute Berufstätigen her auf ihre Verteilung nach der sozialen Herkunft – ein Bild hoher Mobilitätsraten, insbesondere der Eindruck eines relativ großen Ausmaßes sozialer Aufstiege.

Untersucht man nämlich die Rekrutierungsquoten verschiedener Berufskategorien, so zeigt sich, daß selbst in der exklusivsten Berufsgruppe, den höheren Beamten, gut jeder Zehnte aus einer Arbeiterfamilie stammt. Unter den Selbständigen mit 10 und mehr Mitarbeitern und den Angestellten in Führungspositionen kommen ein Fünftel aus der Arbeiterschicht, von den kleineren Selbständigen, den gehobenen Beamten und Angestellten haben nahezu ein Drittel einen Arbeiter als Vater. Bei den mittleren Angestellten und Beamten sind es fast die Hälfte.

Qualifizierte man unter den Angehörigen mittlerer und höherer Berufe eine Herkunft aus den Gruppen der niedrigsten Angestellten, einfachen Beamten und kleinsten Selbständigen auch noch als Aufstieg, so würden sich die Zahlen für die Anteile von Aufsteigern noch beträchtlich erhöhen.

Ohne jede Tendenz der Selektivität finden wir also auf statistisch einwandfreie Weise unter den Inhabern statushoher Positionen relativ große Anteile von Personen, die im Vergleich zur beruflichen Stellung ihres Vaters einen erheblichen Aufstieg erfahren haben.

Ist die Rede von der offenen Gesellschaft demnach berechtigt oder handelt es sich um das Artefakt einer Perspektive, die nur scheinbar hohe Mobilitätsraten fingiert? Die Antwort ist: Rekrutierungsquoten oder Zustromquoten geben zwar den Sachverhalt der Zusammensetzung bestimmter Berufskategorien nach Herkunftskriterien korrekt wieder. Sie sind daher interessante Indikatoren der sozialen Homogenität oder Heterogenität. Sie entsprechen außerdem der Art und Weise, in der Mobilität individuell und öffentlich wahrgenommen wird. Aber sie sagen allein nichts oder nur Falsches aus über die Berufschancen von Personen unterschiedlicher Herkunft. Also auch nichts über den Grad der Offenheit oder Geschlossenheit der Sozialstruktur. Unter den Bedingungen einer breiten Rekrutierungsbasis und einem geringen Anteil an höheren Positionen kann sich in hohen

Statusgruppen allein aufgrund der unterschiedlichen Gruppengrößen ein hoher Aufsteigeranteil ergeben, selbst wenn in Wirklichkeit nur wenige Hunderte von Arbeiterkindern aufgestiegen sind.

Angemessener läßt sich die Frage nach dem Grad der Chancenungleichheit mit Hilfe von Abstromquoten beantworten:

Unüberwindbare Schranken im Zugang zum beruflichen Status gibt es auch bei dieser Betrachtungsweise nicht. Selbst Kinder ungelernter Arbeiter werden höhere Beamte und größere Selbständige, und umgekehrt, Personen privilegierter Herkunft fallen in niedrigste berufliche Positionen. Fast 40% der Kinder von Facharbeitern und 55% der Kinder aus der Arbeiterelite (der Meister und Poliere) werden Beamte, Angestellte oder Selbständige. Nahezu ein Drittel der Kinder kleinerer und mittlerer Selbständiger steigt in die Arbeiterschicht ab. Bei einer Klassifikation nach den 15 genannten Berufskategorien verbleiben nur 27% der Söhne im Berufskreis ihres Vaters. Auch diese Zahlen vermitteln das Bild einer hohen Fluktuation.

So richtig solche Angaben sind, die Struktur des Mobilitätsprozesses erfassen sie nicht. Gruppiert man nämlich die 15 Berufskategorien nach dem Kriterium der Ähnlichkeit von Mobilitätschancen in Landwirte, Arbeiter, einfache und mittlere Beamte und Angestellte, gehobene und höhere Beamte und Angestellte sowie Selbständige, so zeigt sich, daß der größte Teil der Mobilität zwischen den zu diesen Gruppen zusammengefaßten Kategorien stattfindet, also je innerhalb dieser fünf Gruppen. Für die Mobilität zwischen diesen Gruppen gilt das Bild einer 5stufigen Treppe, auf der – wenn man sich nicht schon oben oder unten befindet – faktisch nicht mehr als ein Schritt nach oben oder unten möglich ist. Mehr als zwei Drittel der Bauernkinder, die nicht Bauern bleiben können, werden – meist unqualifizierte – Arbeiter. 4 aus 5 Kindern ungelernter Arbeiter, 3 aus 5 Facharbeiterkindern bleiben Arbeiter.

Umgekehrt ist die Chance, daß Kinder aus nicht-manuellen Berufen Arbeiter werden, gering und umso geringer, je höher der Status des Vaters.

So werden etwa drei von Hundert Söhnen höherer Beamter Arbeiter, während die Chance eines Arbeiterkindes, höherer Beamter zu werden, ein halbes Prozent nicht überschreitet.

Die Differenz zwischen der subjektiv relevanten Rekrutierungs- und der statistisch angemessenen Abstromperspektive machen folgende Zahlen noch deutlicher: Während über 20% der leitenden Angestellten aus einer Arbeiterfamilie stammen, hatten nur 7 aus 1000 Arbeiterkindern die Chance, leitender Angestellter zu werden.

Eine weitere Eigenschaft der Struktur des Mobilitätsprozesses kommt zum Vorschein, wenn man die tatsächlichen Übergänge kontrastiert mit den Übergängen, die man in einer chancengleichen Gesellschaft erwarten würde. Ein allgemeines Einvernehmen über ein Kriterium der Chancengleichheit gibt es nicht. Für das der statistischen Unabhängigkeit (5) zwischen Vater- und Sohnberuf spricht aber neben theoretischen Gesichtspunkten auch die Möglichkeit einer eindeutigen Formulierung. In einer chancengleichen Gesellschaft entspräche danach der Anteil der Söhne, die aus jeder Herkunftskategorie in eine bestimmte Zielkategorie übergehen, genau dem Anteil an Arbeitsplätzen einer bestimmten Kategorie, die in der Berufsstruktur zur Verfügung stehen.

Nach diesem Standard liegt zum einen für alle Herkunftskategorien – ausgenommen die Arbeiter und Bauern – vor allem der Übergang in Arbeiterkategorien weit unter dem entsprechenden Sollwert, und zum anderen erreichen die Arbeitersöhne beim Übergang in nicht-manuelle Berufsgruppen nur in wenigen Fällen die bei Chancengleichheit erwarteten Proportionen. Zwei wesentliche Merkmale der Struktur des Mobilitätsprozesses sind damit die Mobilitätsbarriere zwischen Arbeitern und Nicht-Arbeitern einerseits und die hohe Binnenmobilität innerhalb der Arbeiter und innerhalb der abhängigen Nicht-Arbeiter.

Schließlich ist der Mobilitätsprozeß auch durch den Wandel der Berufsstruktur entscheidend geprägt. Im Vergleich zu den Vätern hat sich die Berufsstruktur in der Sohngeneration bekannterweise durch eine starke Verkleinerung des Anteils der Selbständigen, insbesondere der Landwirte, und einer Zunahme höher qualifizierter "white collar"-Positionen erheblich verändert. Der Anteil der Angestelltenpositionen hat um ca. 70% zugenommen, vor allem im mittleren, gehobenen und leitenden Bereich. Größer geworden sind auch die Anteile der Beamten im gehobenen und höheren Dienst. Außerdem hat sich eine Verschiebung ergeben von ungelernten zu angelernten Beschäftigten bei den Arbeitern.

Bei den abhängig Beschäftigten haben diese strukturellen Wandlungsprozesse Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen, von denen, weil sie kettenförmig verliefen, eine beträchtliche Anzahl von Personen profitierten. Die Söhne, deren Väter sich bereits in relativ guten Positionen befanden, hatten die besten Chancen, in die neugeschaffenen höchsten Positionen zu gelangen, hinterließen aber ein Beschäftigungsloch, in das die Personen mit den nächstbesten Ausgangsbedingungen nachrücken konnten. Deshalb überwogen soziale Aufstiege bei weitem die sozialen Abstiege. So entspricht zum Beispiel die Zahl der Arbeitersöhne, die in den "white-collar"-Bereich aufstiegen, fast genau der Zahl der dort in der Generationenfolge neu geschaffenen Positionen. (Für die Kohorte der 35-50jährigen Männer waren dies hochgerechnet ca. 650 000 Positionen.)

Insgesamt konnten fast dreimal so viele Arbeitersöhne in "white-collar"-Berufe aufsteigen als "white-collar"-Söhne Arbeiter wurden. Dabei verblieben trotzdem genügend nichtmanuelle Positionen, um den größten Teil der Söhne aus dem schrumpfenden Bereich der Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft aufzunehmen. Die unbesetzten Positionen, die die aufsteigenden Arbeitersöhne zurückließen, übernahmen dagegen weitgehend Bauernsöhne, die nicht in der Landwirtschaft verbleiben konnten.

Der Eindruck hoher Mobilitätschancen entsteht folglich nicht nur dadurch, daß die gesellschaftlichen Subjekte von ihrer jetzigen Berufsgruppe her wahrnehmen, sondern auch dadurch, daß jeweils zwischen den großen Mobilitätsbarrieren viele kleine Bewegungen vonstatten gehen. Im ersten Fall erscheint die bloße Heterogenität der Herkunft, im zweiten der zahlenmäßige Umfang von Bewegungen als scheinbares Indiz relativ großer Chancengleichheit.

Der Glaube an vorhandene Aufstiegschancen wird darüberhinaus durch die langfristigen Wandlungen der Berufsstruktur selbst gestützt. Sie bewirken, daß Fälle sozialer Aufstiege die Fälle sozialer Deklassierungen übertreffen. Dabei haben nun die Arbeiter aus den Mittelmeerländern die Funktion der Abwanderer aus der Landwirtschaft zum Teil übernommen und bilden den Trittstein, von dem aus einheimische Arbeiter eine Stufe nach oben kommen.

Weil jedoch beim Einrücken in die neu geschaffenen Positionen das Gesetz des Vorranges der jeweils höheren Herkunft für höhere Positionen gilt, trägt die damit ausgelöste Kettenreaktion zwar zur Erhöhung der Mobilität bei. Dies geschieht aber in einer Weise, die die fundamentale Ungleichheit des Zuweisungsprozesses nicht verringert, und dennoch das Bild einer offenen Sozialstruktur suggeriert.

Chancenungleichheit durch Bildung

Wir haben festgestellt, daß der Zugang zu den mit Berufen verknüpften Privilegien und Nachteilen durch massive Ungleichheiten gekennzeichnet ist, Ungleichheiten, die trotz hoher Mobilitäts- und Aufstiegsraten zwischen benachbarten Gruppen nach der Terminologie Max Webers eindeutige Grenzen zwischen sozialen Klassen (6) darstellen. Diese empirischen Befunde stehen bereits in krassem Widerspruch zu den geltenden Legitimationsprinzipien und gängigen sozialwissenschaftlichen Stereotypen. Zu den bereits genannten Verschleierungsmechanismen, die in der Struktur des Statuszuweisungsprozesses selbst liegen, läßt sich jedoch ein weiterer hinzufügen: nämlich die Rolle des Bildungssystems.

Dabei ist es sinnvoll, drei Teilaspekte zu unterscheiden:

1. In welchem Ausmaß hängen Ausbildung und beruflicher Status global zusammen?
2. Gibt es Herkunftseinflüsse auf den Verlauf der späteren beruflichen Karriere, die sich außerhalb des Ausbildungssystems vollziehen, und wie groß sind diese im Vergleich zu den über Ausbildung vermittelten Einflüssen?
3. In welchem Ausmaß vermittelt also das Ausbildungssystem nur Einflüsse der sozialen Herkunft auf den späteren beruflichen Status, und zu welchem Ausmaß hat es eine autonome, von Herkunftsbedingungen unabhängige Bedeutung im Statuszuweisungsprozeß?

Im Rahmen der These von der Schule als sozialer Dirigierungsstelle und im Zusammenhang von Behauptungen einer zunehmenden Bedeutung von "achievement"-Elementen im Statuszuweisungsprozeß würden wir erwarten, daß erstens die globale Korrelation zwischen Ausbildung und beruflichem Status hoch ist, daß zweitens Herkunftseinflüsse auf den Berufsstatus der Kinder ausschließlich über das Ausbildungssystem vermittelt sind und daß drittens die autonome, von Herkunftsbedingungen unabhängige Bedeutung des Schulsystems zumindest höher ist als die Bedeutung der Herkunft insgesamt.

Zur *ersten* Frage: Der globale Zusammenhang zwischen Ausbildung und späterem beruflichem Status ist nach den Mikrozensusdaten außerordentlich eng. Ein Volksschulabschluß ohne anschließende Lehre führt fast mit Sicherheit in eine un- oder angelernte Arbeitertätigkeit. 60% der Absolventen von Volksschule und Lehre bleiben ebenfalls Arbeiter. Wer dagegen die mittlere Reife erreicht, wird mit 90%iger Wahrscheinlichkeit wenigstens mittlerer Angestellter oder Beamter, und die Absolventen von Hochschulen finden sich später fast mit Sicherheit nur in gehobenen und leitenden Funktionen der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes oder haben eine entsprechende Stellung in einem freien Beruf.

Danach kann es keinen Zweifel daran geben, daß über das Ausbildungssystem ungleiche Berufschancen zugeteilt werden. Andererseits ist in der umfangreichen bildungssoziologischen Literatur hinreichend belegt, daß der Erfolg im Ausbildungssystem herkunftsspezifisch ist. Dies besagt freilich nichts darüber, in welchem Ausmaß die in der Generationenfolge beobachteten ungleichen Chancen im Zugang zu beruflichem Status im Ausbildungssystem selbst produziert werden oder aber durch Einflüsse der Herkunft, die außerhalb des Ausbildungssystems wirksam sind.

Wir haben diese zweite Frage mit Hilfe von Modellrechnungen zu klären versucht. Wir konstruierten eine hypothetische Mobilitätstabelle, die unter der Annahme zustande kam, daß die Übergänge von Herkunftsberufen zu Zielberufen nur durch zwei sukzessive Selektionsprozesse bestimmt sind, nämlich erstens der herkunftsspezifischen Selektion in der Vergabe von Abschlüssen im Ausbildungssystem und zweitens der ausbildungsspezifischen Selektion in der Vergabe beruflicher Positionen im Beschäftigungssystem. In diesen hypothetischen Übergängen sind die Chancenungleichheiten ersichtlich, die über das Ausbildungssystem entstehen. In der Differenz der hypothetischen zu den tatsächlichen Übergängen liegen dann die Ungleichheiten, die außerhalb des Ausbildungssystems, also sozusagen auf *direktem* Wege zustandekommen (7).

Wenn wir die große Zahl von Detaillergebnissen, die diese Analyse erbringt, in zwei Globalmaße zusammenfassen müßten, würden wir schätzen, daß ca. 60-70% der Chancenungleichheit in der Generationenfolge über das Ausbildungssystem und ca. 30-40% außerhalb der Ausbildungsinstitutionen entsteht. Aber solche Globalmaße sind sehr unbefriedigend, da in den Ergebnissen direkte und über das Ausbildungssystem vermittelte Herkunftseffekte je nach den betrachteten Übergängen ein unterschiedliches Gewicht haben. So belegen z.B. für den Zugang zu den Berufsgruppen der Landwirte und Selbständigen die Daten ganz eindeutig, daß dieser mit Ausbildungsunterschieden kaum etwas zu tun hat, sondern mit Faktoren, die außerhalb des Ausbildungssystems wirksam sind, was bei der bekannten Voraussetzung von Land- oder Betriebsmittelkapital in diesen Berufsgruppen nicht weiter verwundert. Dagegen werden für den Zugang zu Positionen des "white-collar"-Bereiches Chancenungleichheiten hauptsächlich während des Durchlaufs der Sohngeneration durch die Schule festgeschrieben. Gerade die Familien, die sich bereits in einer höheren "white-collar"-Position befinden, scheinen es zu verstehen, über entsprechende Ausbildungsqualifikationen der Kinder ihren privilegierten Status auf diese zu "vererben".

Von besonderem Interesse ist jedoch die folgende Beobachtung. Die Mobilitätsbarriere zwischen Arbeitern und Nicht-Arbeitern resultiert nicht in erster Linie aus Ungleichheiten, die das Schulsystem hervorbringt, sondern ist vorwiegend auf die außerschulischen Einflüsse der Herkunft zurückzuführen. So tragen für den weit überproportionalen Verbleib von Arbeitersöhnen in der Arbeiterschicht herkunftsspezifische Ausbildungsdefizite weniger bei als Herkunftseinflüsse, die sich ohne Intervention der Schule auf die berufliche Zukunft der Kinder auswirken. Für Söhne dagegen, die aus einer "white-collar"-Familie stammen, bildet zwar mit steigendem Berufsstatus des Vaters die erreichte Ausbildung eine zunehmend größere Sicherheit, nicht Arbeiter zu werden. Aber gerade in Familien des unteren und mittleren "white-collar"-Bereiches, in denen die erreichte Ausbildung

der Kinder noch keine Garantie vor einem Abstieg in die Arbeiterklasse darstellt, sind die Eltern in besonderer Weise erfolgreich, außerhalb des Ausbildungssystems Mittel und Wege zu finden, die ihre Kinder vor einem solchen Abstieg bewahren.

Es kann also keine Rede davon sein, daß die soziale Herkunft zukünftige Berufschancen nur aufgrund herkunftsspezifischer "Leistungs"unterschiede im Ausbildungssystem beeinflusst. Genauso wenig läßt sich die *dritte* Implikation der These von der Schule als sozialer Dirigierungsstelle belegen. Wenn diese These wenigstens eine gewisse Entsprechung in der Realität haben soll, müßte die Schule einen autonomen Einfluß für den Zugang zu beruflichen Stellungen haben, der der Gesamtbedeutung der Herkunft wenigstens gleichkommt.

Ein unverzerrtes Maß autonomer Effekte des Ausbildungssystems setzt nun voraus, daß alle irgendwie mit der Herkunft in Verbindung stehenden Faktoren, die ihrerseits einen Einfluß auf die Ausbildung haben, zuvor kontrolliert sind. Ein solches Maß hat Müller (1975) mit Hilfe einer Kombination von Varianz- und Pfadanalysen entwickelt und auf die Daten unserer Konstanzer Erhebung angewandt. Dabei wurde versucht, die Gesamtheit der Einflüsse auf Schulerfolg und späteren Berufsstatus der Söhne, die in irgendeiner Weise mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Familie gegeben sind, als Herkunftsfaktoren in Rechnung zu stellen. Im Vergleich zu vielem, was man bisher glaubte, zeigt sich ein überraschendes Resultat: Der Gesamteinfluß der Familie ist fast doppelt so hoch wie der Effekt, der sich aus den beiden wichtigsten Indikatoren des sozio-ökonomischen Status – nämlich Ausbildung und Beruf des Vaters – ergibt. Die mit der Zugehörigkeit zu einem spezifischen familiären Kontext gegebenen Einflüsse auf die schulische und berufliche Zukunft, die zu denen der sozio-ökonomischen Lage der Familie hinzukommen, wollen wir zur Abkürzung im folgenden "Familienresidualeffekt" nennen (8).

Durch den Einschluß des Familienresidualeffektes in das Vorhersagemodell erweitern wir zwar die inhaltliche Bedeutung des Herkunftskonzeptes erheblich. Dies scheint jedoch legitim und ist sogar notwendig, wenn wir uns für die Frage interessieren, zu welchem Grad der zukünftige Berufsstatus schon mit den Zufälligkeiten der Geburt in eine bestimmte Familie hinein und den damit gesetzten Bedingungen feststeht, oder unabhängig davon erst im Ausbildungssystem "erworben" wird.

Die Bedeutung dieses Familienresidualeffektes für Aussagen über die autonome Funktion des Ausbildungssystems im Statuszuweisungsprozeß zeigt sich drastisch etwa in folgendem Vergleich. In einem Modell, das als Herkunftsfaktoren nur Ausbildung und Berufsstatus des Vaters enthält, finden wir, daß der berufliche Status der Söhne zu einem Viertel vom sozio-ökonomischen Status der Herkunftsfamilie abhängt und zu etwa mehr als einem Drittel von autonomen Differenzierungen im Ausbildungssystem. Unter Einschluß des Familienresidualeffektes verdoppelt sich die Vorhersagekraft der familiären Herkunft auf 51% und der autonome Beitrag des Ausbildungssystems reduziert sich um mehr als die Hälfte auf 15%. Im Vergleich zur Bedeutung der Herkunftsbedingungen ist also der von der familiären Herkunft unabhängige Einfluß des Bildungssystems auf den späteren beruflichen Status geradezu minimal. Zwar ist ein erheblicher Teil der Herkunftsbedingungen über das Ausbildungssystem vermittelt, der enge Zusammenhang zwischen formaler Bildung und Berufsstatus ist aber dennoch statistisch partiell eine

Scheinkorrelation, der in seiner alltäglichen Erfahrung zu einer groben Überschätzung der "Leistungsgerechtigkeit" im Zugang zum beruflichen Status führt.

Faktische Chancenungleichheit und Legitimitätsglaube

Die Tatbestände wirksamer Mobilitätsbarrieren und hoher Chancenungleichheit im Zugang zu Bildung und Berufsstatus fügen sich zu einem völlig anderen Bild der Sozialstruktur als die Auffassungen, die wir zu Beginn des Referates skizzierten.

Im Gegensatz zu *Schelsky* ist festzuhalten, daß die Prozesse der Inter-Generationen-Mobilität möglicherweise die äußeren Erscheinungsformen sozialer Schichtung verwischen, die ihnen zugrundeliegenden Ungleichheiten jedoch keineswegs auflösen, sondern vielmehr stabilisieren. *Schelskys* These, die Schule sei "die primäre, entscheidende und nahezu einzige soziale Dirigierungsstelle für Rang, Stellung und Lebenschancen" (1965, 137) wird durch unsere Ergebnisse eindeutig widerlegt. Die Tatsache freilich, daß ein Großteil der Chancenungleichheit über das Bildungssystem vermittelt wird, ist für deren Legitimierung folgenscher, zumal Leistungsnormen und der Schein der Leistungsgerechtigkeit eben in der Schule gelernt werden. Den Erfolg der Schule in dieser Hinsicht zeigen Daten aus einer 1973 von Konstanzer Bildungsforschern durchgeführten Untersuchung, nach denen an das Leistungsprinzip umso stärker geglaubt wird, je niedriger die soziale Herkunft und das Schulniveau der Kinder ist (*Fend* u. Mitarb. 1974).

Gegen *Treiman* und die Theoretiker der industriellen Gesellschaft ist einzuwenden, daß sie die Auswirkungen des säkularen Wandels der Berufsstruktur auf die Mechanismen der Statuszuweisung fraglos überschätzen. Dies gilt sowohl für die behauptete Abschwächung der Wirkung der sozialen Herkunft als auch für die Annahme eines hohen autonomen Einflusses formaler Bildung. Für die Bundesrepublik gibt es zwar keine verlässlichen Daten über den Trend sozialer Mobilität, doch belegen neuere, zum Teil noch unveröffentlichte Arbeiten über England/Wales und die USA, daß die Ungleichheiten der Chancenstruktur in den letzten zehn bis zwanzig Jahren praktisch unverändert geblieben sind (*Hauser* u. Mitarb. 1974, *Hope* 1974) (9). Es gibt gute Gründe für die Annahme, daß dies in der Bundesrepublik nicht anders ist.

Der offenkundige Widerspruch zwischen faktischer Chancenungleichheit und geltenden Legitimationsprinzipien verschärft die Frage nach dem Grad des Legitimationseinverständnisses. Ist nämlich der eingangs angeführte Konsens der Theoretiker haltbar, so müßte die mangelnde Glaubwürdigkeit einer gerechten Statuszuweisung zur offenen Kritik an den bestehenden Ungleichheiten, mithin zu einem Konfliktpotential führen.

Über das Ausmaß des Legitimitätsglaubens in der Bundesrepublik wissen wir relativ wenig (es sei denn, man wollte es direkt aus der Häufigkeit und Intensität von Konflikten ableiten). Unsere in ihrer Generalisierbarkeit sicher begrenzten Konstanzer Daten (Vgl. *Mayer* 1975) stützen jedoch ein Syndrom von Wahrnehmungen und Bewertungen, da so resümiert werden kann:

1. Die Wahrnehmung vertikaler sozialer Ungleichheiten ist fragmentiert und uneinheitlich; soziale Unterschiede werden zum Teil neutralisiert und verdeckt,

schichtspezifisch divergierende – dichotomische oder hierarchische – Vorstellungen von der Gesellschaftsstruktur lassen sich nicht belegen.

2. Erfolg wird definiert als relative Verbesserung der beruflichen Stellung und wirtschaftlichen Lage, die durch eigene Leistung erzielt wird.

3. Das Leistungsprinzip wird allgemein als Norm anerkannt. "Ob man es im Leben zu etwas bringt" soll von persönlicher Leistung, der Ausbildung, der Intelligenz und dem Durchsetzungsvermögen abhängen (in dieser Reihenfolge).

4. Diese als legitim erachteten Statuszuweisungskriterien werden auch als die faktisch wirksamen wahrgenommen. Die Diskrepanzen zwischen der Wahrnehmung und Bewertung von Erfolgsfaktoren sind relativ gering.

5. Aufstiegs- und Prestigeorientierungen waren bei unseren Befragten in nur geringem Maße zu beobachten. Zuversichtliche ökonomische und berufliche Zukunftserwartungen sowie hohe Bildungsaspirationen für die eigenen Kinder sind gepaart mit einer realistischen Einschätzung begrenzter Chancen in der Vergangenheit und der Eingeschlossenheit in den gegenwärtigen Berufsstatus.

Diese Daten begründen nicht nur erhebliche Zweifel an gängigen soziologischen Stereotypen, wie denen der Existenz eines universalen Aufstiegsstrebens, eines allgemeinen Erfolgskultes oder stark divergierender Gesellschaftsbilder und subkulturell spezifischer Situationsdeutungen. Sie scheinen vor allem auf einen trotz zum Teil entgegengesetzter persönlicher Erfahrungen ungebrochenen Glauben an die Legitimität des Statuszuweisungsprozesses hinzudeuten.

Unterstellt man die Generalisierbarkeit dieser Beobachtungen, so ergibt sich ein Gegensatz zu *Schelsky* ebenso wie zur Theorie der industriellen Gesellschaft und zu *Habermas*. Die fortdauernde Wirkung traditioneller Ungleichheitsvorstellungen steht ebenso sehr in Zweifel wie die Annahme einer Kongruenz allgemeiner Normen und persönlicher Erfahrungen und die Krisenprämisse von der Erosion der Leistungsideologie.

Es bleibt demnach zu klären, warum die eklatanten Widersprüche zwischen objektiver Chancenungleichheit und geltenden Legitimationsprinzipien keinen Niederschlag im sozialen Bewußtsein finden. Wir behaupten nun, daß *einer* der entscheidenden Gründe dafür in den vorher beschriebenen Merkmalen des Mobilitätsprozesses selbst zu suchen ist: nämlich in der Wahrnehmung von Mobilitätschancen aus der Rekrutierungsperspektive, in dem großen Ausmaß der Binnenmobilität innerhalb des "blue-collar"- und "white-collar"-Bereichs, dem Aufstiegschancen fördernden Wandel der Berufsstruktur und wohl vor allem in dem Eindruck, als ob beruflicher Status vor allem durch Schulleistungen bestimmt würde.

Diese Behauptung muß Hypothese bleiben, insoweit unsere Aussagen über den Grad des Legitimitätsglaubens empirisch ungenügend gesichert sind. Auch die Befunde über die Mobilitätsprozesse in der Bundesrepublik sind ein noch unvollständiges Zwischenergebnis unserer Forschungsarbeit. So werden mit Sicherheit Ungleichheiten noch drastischer in Erscheinung treten, wenn wir die Chancenstruktur von Frauen, sozialen Randgruppen, benachteiligten Regionen oder die sozialen Bedingungen von Karrieremobilität untersuchen.

Was diese Ergebnisse und ähnliche über andere westliche Gesellschaften schon jetzt mit hinreichender Sicherheit belegen, ist dies:

Weder die Logik der Industrialisierung mit der Ablösung partikularistischer durch universalistische Statuszuweisungskriterien, noch – in einer anderen theoretischen Sprache – die fortschreitende Mobilisierung von Produktionsmitteln, Kapital und eben auch Arbeit haben zu einem wesentlichen Abbau der Chancengleichheit geführt. Im Gegenteil, diese scheint ein nahezu ultrastabiles Strukturmerkmal westlicher Industriegesellschaften zu sein (10). Auch eine wohlfahrtsstaatliche Sozialpolitik oder halbherzige Bildungsreformen haben diese fundamentale Ungleichheit nicht erheblich mindern können. Und man mag getrost hinzufügen – sie werden es auch in Zukunft nicht tun.

Vielmehr erweisen sich erwerbbare Statuszuweisungskriterien wie Bildungs- und Berufsqualifikationen in äquivalenter, wenn auch sehr viel weniger sichtbarer Weise wie askriptive Zugehörigkeitsmerkmale als Mittel der Ausschließung und Abschließung sozialer Gruppen, die bereits Vorteile für sich monopolisieren konnten (*Parkin* 1974). Wo es Ungleichheiten in der Verteilung gibt, versuchen die jeweils bevorzugteren sozialen Gruppen nicht nur den Zugang von Konkurrenten zu erschweren und zu begrenzen. Sie werden unter den in dieser Gesellschaft gegebenen Bedingungen je nach dem Grad ihrer Bevorteilung auch immer in der Lage sein, ihre Kinder soweit zu fördern, daß sie selbst bei der unrealistischen Unterstellung vollkommener Leistungskonkurrenz, den durch ihre Herkunft Benachteiligten überlegen wären. *Ulf Himmelstrand* hat für diesen Tatbestand eine angemessene Sentenz gefunden: Universalismus sei der Partikularismus der Privilegierten (11). Und zu denen gehören wir hier alle.

Anmerkungen

- 1 Die Forschungsarbeiten, auf die sich das Referat stützt, wurden im Rahmen des Konstanzer Mobilitätsprojektes (1969-1972) und der Sozialpolitischen Forschergruppe der DFG (SPES-Projekt Frankfurt/Mannheim) durchgeführt.
- 2 Diese Voraussetzungen sind keineswegs unproblematisch. Insbesondere ist nicht hinreichend geklärt, welche relative Bedeutung Legitimitätsdefizite in Bezug auf Verteilungsungleichheit und Chancengleichheit für die Legitimität der gesellschaftlichen Ordnung insgesamt haben und unter welchen Bedingungen sie als Konfliktpotential für das politische System virulent werden. Umstritten ist auch, ob Verteilungs- und Zuteilungsgerechtigkeit überhaupt in einer Weise normiert sind, die Schlußfolgerungen über Legitimitätsprobleme bei Normabweichung theoretisch zulassen. Vgl. dazu *Goldthorpe* (1969).
- 3 Zu dem Problem der Unterstellung von Handlungsorientierungen bei der Interpretation von Mobilitätsprozessen, vgl. *Mayer* (1975, Kap. 3) und *Ridge* (1973, 1-7).
- 4 Zur Beschreibung der Konstanzer Stichprobe, s. *Müller* (1975, Anhang A). Die Beschränkung auf die 35-50jährigen bei den Mikrozensus-Daten ergibt sich zum einen aus dem Umstand, daß für über 50jährige der Beruf des Vaters nicht erhoben wurde, zum andern auf Grund der Beobachtung, daß der berufliche Status für unter 35jährige noch stark variiert. Wir danken dem Statistischen Bundesamt für die Überlassung von noch nicht publiziertem Tabellenmaterial und bitten den Leser um Verständnis dafür, daß ein Abdruck dieser Tabellen vor ihrer Veröffentlichung durch das Statistische Bundesamt nicht erfolgen kann.
- 5 Die Anwendung des Kriteriums der statistischen Unabhängigkeit als Standard der Chancengleichheit ist für die Zwecke der empirischen Analyse als Vergleichsmaßstab auch dann sinnvoll, wenn man Chancengleichheit normativ viel weniger restriktiv definieren wollte. In der Interpretation der unter dem statistischen Modell gewonnenen Ergebnisse ist dann aufzuweisen, inwieweit die Beobachtungen zwangsläufig auch anderen Chancengleichheitsdefinitionen, etwa der der vollkommenen Meritokratie, widersprechen.

- 6 "Klassenlage" soll die typische Chance 1. der Güterversorgung, 2. der äußeren Lebensstellung, 3. des inneren Lebensschicksals heißen, welche aus Maß und Art der Verfügungsgewalt (oder des Fehlens solcher) über Güter oder Leistungsqualifikationen und aus der gegebenen Art ihrer Verwertbarkeit für die Erzielung von Einkommen oder Einkünften innerhalb einer gegebenen Wirtschaftsordnung folgt. . . . *Soziale Klasse* soll die Gesamtheit derjenigen Klassenlagen heißen, zwischen denen ein Wechsel α) persönlich, β) in der Generationsfolge leicht möglich ist und typisch stattzufinden pflegt (Weber 1964, 223):
- 7 Zur Dokumentation der in diesem Abschnitt referierten Analysen, s. Müller (1974).
- 8 Zur Explikation des Begriffs des Familienresidualeffekts und zur Methode seiner Berechnung, s. Müller (1975, Kap. 6).
- 9 Diese zeitliche Invarianz des Musters der Chancenungleichheit ergibt sich, wenn Veränderungen von Mobilitätschancen, die nur auf Grund unterschiedlicher Berufsverteilungen in der Väter- und Sohn-Generation zustandekommen, unberücksichtigt bleiben.
- 10 Daß es sich bei dieser "Ultrastabilität" der Chancenungleichheit keineswegs um einen quasi-naturwüchsigen, politisch unbeeinflussbaren Tatbestand handelt, zeigen Untersuchungen über sozialistische Gesellschaften, vgl. *Saß* (1971). Allerdings ist zweifelhaft, ob die stärker "meritokratische" Statuszuweisung in sozialistischen Gesellschaften stabiles Strukturmerkmal ist. Einiges spricht dafür, daß die Chancenungleichheit in diesen Ländern zunimmt.
- 11 Aus einem Diskussionsbeitrag auf der Eröffnungsveranstaltung des 8. Soziologischen Weltkongresses in Toronto, August 1974.

Literatur

- Bergmann, Joachim, Gerhard Brandt, Klaus Körber, Ernst Theodor Mohl, Claus Offe:* Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung. In: *Theodor W. Adorno: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft*. Enke, Stuttgart 1969.
- Bolte, Karl Martin, Dieter Kappe, Friedhelm Neidhardt:* Soziale Ungleichheit. Leske, Opladen 1974.
- Bunz, Axel R., Rolf Jansen, Konrad Schacht:* Qualität des Arbeitslebens. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1974.
- Claessens, Dieter, Arno Klönne, Armin Tschoepe:* Sozialkunde der Bundesrepublik. Diederichs Düsseldorf, 1973.
- Fend, Helmut, Wolfgang Knörzer, Willibald Nagl, Werner Specht, Roswitha Vöth-Szuszdiara:* Gesamtschulsystem oder traditionelles Schulsystem – ein Vergleich. Gutachten für die Arbeitsgruppen II und III Übergang Primarbereich/Sekundarstufe und Übergang Sekundarstufe I/Sekundarstufe II der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates. Bonn-Bad Godesberg 1974.
- Fürstenberg, Friedrich:* Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland. UTB-Taschenbuch, Stuttgart 1972.
- Germani, Gino:* Social and Political Consequences of Social Mobility. In: *Smelser, N, S.M.Lipset:* Social Structure and Mobility in Economic Development. Aldine, Chicago 1960.
- Goldthorpe, John H.:* Social Inequality and Social Integration in Modern Britain. *Advancement of Science*, December 1969.
- Habermas, Jürgen:* Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Suhrkamp, Frankfurt 1973.
- Hauser, Robert M., John N. Koffel, Harry P. Travis, Peter J. Dickens:* Temporal Change in Occupational Mobility: Evidence for Man in the United States. *American Sociological Review* 40, June (1975) 279-297.
- Hope, Keith:* Trends in British occupational mobility: a replication to test inferences from cohort analysis. Mimeo., Nuffield College, Oxford 1974.
- Institut für Marxistische Studien und Forschungen: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970, Teil II: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970. Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1973.
- Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970, Teil I: Klassenstruktur und Klassentheorie. Marxistische Blätter, Frankfurt a.M. 1973.
- Lepsius, M. Rainer:* Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutsch-

- land. In: *Richard Löwenthal, Hans-Peter Schwarz*: Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz. Seewald, Stuttgart 1974.
- König, René*: West Germany. In: *Archer, M.S., S. Giner*: Contemporary Europe: Class, Status and Power. St. Martin's Press, New York 1971.
- Mayer, Karl Ulrich*: Ungleichheit und Mobilität im sozialen Bewußtsein. Westdeutscher Verlag, Opladen 1975.
- Müller, Walter*: Familie – Schule – Beruf: Analysen zur sozialen Mobilität und Statuszuweisung in der Bundesrepublik. Westdeutscher Verlag, Opladen 1975.
- Müller, Walter*: Education and Class Structure in West Germany. Working Paper prepared for the Conference of the Mathematical Social Science Board, Toronto, August 1974. (SPES-Arbeitspapier Nr. 28).
- Offe, Claus*: Leistungsprinzip und industrielle Arbeit. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1970.
- Parkin, Frank*: Class Inequality and Political Order. Paladin, Frogmore 1973.
- Parkin, Frank*: Strategies of Social Closure in Class Formation. In: *Frank Parkin*: The Social Analysis of Class Structure. Tavistock, London 1974.
- Parsons, Talcott*: Equality and Inequality in Modern Society or Social Stratification Revisited. In: *Laumann, E.O.*: Social Stratification: Research and Theory for the 1970's. Bobbs-Merill, Indianapolis 1970.
- Ridge, J.M.* (Hrsg.): Mobility in Britain Reconsidered. Clarendon, Oxford 1973.
- Rolshausen, Claus, Jürgen Ritsert*: Zur Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland. In: *Meschkat, Klaus, Oskar Negt*: Gesellschaftsstrukturen. Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1973.
- Safár, Zdenek*: Different Approaches to the Measurement of Social Differentiation of the Czechoslovak Socialist Society. Quality and Quantity, V-1 (1971) 179-208.
- Schelsky, Helmut*: Die Bedeutung des Schichtungsbegriffes für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft. In: *Helmut Schelsky*, Auf der Suche nach Wirklichkeit. Diederichs, Düsseldorf 1965.
- Tjaden-Steinhauer, Margarte, Karl Hermann Tjaden*: Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus. Enke, Stuttgart 1973.
- Treiman, Donald, J.*: Industrialization and Social Stratification. In: *Laumann, Edward O.*: Social Stratification: Research and Theory for the 1970's. Bobbs-Merill, Indianapolis 1970.
- Weber, Max*: Wirtschaft und Gesellschaft. Kiepenheuer, Köln 1964, 2 Bde.